

## LANDESHAUSHALT 2016

# SPD SORGT FÜR MEHR SOZIALE BALANCE

Wichtige sozialdemokratische Akzente sind durch Verhandlungen mit der schwarz-grünen Koalition im Landeshaushalt 2016 gesetzt



worden. Darüber hinaus zeigt der Beschluss über den Etat, dass bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation nicht kleinliche

Parteitaktik gefragt ist, sondern der Zusammenhalt der demokratischen Kräfte.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel würdigte besonders, dass Hessen auf SPD-Initiative 50 Millionen Euro investiert, um rund 6000 zusätzliche Wohnungen zu schaffen. Sechs Millionen Euro fließen zusätzlich in den Ausbau echter Ganztagschulen und fünf Millionen Euro für bessere Personal- und Sachausstattung der Polizei. „Das ist ein gutes Ergebnis für die Menschen in Hessen und für die Sozialdemokratie. Damit wird das

## SPD GESTALTET ZUSAMMENHALT



Paket für Flüchtlinge abgerundet und deutlich, dass wir Verbesserungen über das Flüchtlingsthema hinaus für viele Menschen wollen. Es muss weiterhin gelten, dass bei der Lösung der Aufgaben niemand gegeneinander ausgespielt werden darf“, sagte Schäfer-Gümbel.

Er machte zugleich deutlich, dass die SPD nicht dem gesamten Haus-

halt zustimme. „Insgesamt setzt Schwarz-Grün in ihrem Haushalt 2016 falsche Schwerpunkte. Es ist falsch und unfair, die Entlohnung von Beamtinnen und Beamten von den allgemeinen Gehaltsentwicklungen abzukoppeln.“ Außerdem fehlten Gelder für Bildung und Innovation, Infrastruktur und für die Kommunen.

## EINIGUNG ÜBER LÄNDERFINANZEN

Die Einigung der Bundesländer auf einen neuen Länderfinanzausgleich, der Hessen ab 2020 voraussichtlich um mehrere 100 Mio. Euro entlastet, hat die SPD-Fraktion begrüßt. „Die SPD freut sich, dass dem Land Hessen ab 2020 ein zusätzlicher Betrag in der Kasse verbleibt. Unser Ziel ist, bis dahin eine Regierung unter sozialdemokratischer Führung zu bilden. Und wir werden die zusätzlichen Mittel

kreativer und sinnvoller einsetzen, als es die ambitionslose schwarz-grüne Regierung vermag. Die Mittel sind dringend erforderlich für mehr Bildungsgerechtigkeit und die Stärkung des sozialen Zusammenhalts“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel. Er rief Ministerpräsident Bouffier auf, bei Bundesfinanzminister Schäuble um Zustimmung zur Neuordnung zu werben.

FROHE WEIHNACHTEN  
UND EIN GUTES  
NEUES JAHR



HESSEN  
**SPD**

LANDTAGSFRAKTION

## AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

# SPD FORDERT ABBERUFUNG VON HANS-JÜRGEN IRMER

Die SPD hat die CDU erneut aufgefordert, ihren Abgeordneten Hans-Jürgen Irmer als Vorsitzenden des Unterausschusses für Heimatvertriebene, Flüchtlinge und Wiedergutmachung (UHW) abberufen. „Herr Irmer hat immer wieder deutlich gemacht, dass er nicht für Verständigung, Integration und Toleranz, sondern für Spaltung, Ressentiments und Vorurteile steht“, sagte **Günter Rudolph**, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion. „Herr Irmer überschreitet immer wieder die Grenzen zwischen rechtskonservativen und rechtspopulistischen Äußerungen und ist mit diesen Äußerungen ein geistiger Brandstifter.“ Als Ausschussvorsitzender müsse Herr Irmer den gesamten Landtag repräsentieren. So lange er weiterhin dem Ausschuss vorstehe, werde die SPD nicht mehr an den Sitzungen teilnehmen.



## KEIN KONZEPTE FÜR MEHR KLIMASCHUTZ

„Der Erfolg des Pariser Klimaabkommens sollte die Hessische Landesregierung mahnen, auch in Hessen endlich mehr im Kampf gegen den Klimawandel zu unternehmen“, so der Appell des umweltpolitischen Sprechers **Timon Gremmels** in der Debatte zum Klimaabkommen. Stattdessen be-



schränke sich der Ehrgeiz der hessischen Umweltministerin Hinz in Bezug auf konkrete Maßnahmen auf schlichtes „copy and paste“ der Ziele der Bundesregierung. „Bei konkreten Maßnahmen für Hessen bleibt die grüne Ministerin ohne eigene Ideen und Konzepte.“ Bundesumweltministerin Hendricks sei hingegen mit einem beachtlichen Verhandlungserfolg aus Paris zurückkehrt und habe mit einem konkreten Aktionsplan Klimaschutz 2020 einen verbindlichen Maßnahmenkatalog vorlegt.“

## SPORT HILFT BEI INTEGRATION

Die wichtigste Voraussetzung für die Integration von Flüchtlingen in Sportvereine hat nach Ansicht der SPD-Abgeordneten **Karin Hartmann** der Landessportbund geschaffen, indem er einen eigenen Versicherungsschutz für Flüchtlinge in seinen Mitglieds-Sportvereinen abgeschlossen hat. „Rechtliche Unsicherheiten, Sprachbarrieren und weitere Hürden haben in der Vergangenheit oft verhindert, dass Vereine Flüchtlinge schon früher integriert haben“, sagte Hartmann. Sport habe unbestritten eine enorme Integrationskraft und biete Flüchtlingen oftmals außerhalb ihrer Unterkunft die erste und einzige Möglichkeit für Außenkontakte. Wenn es um eine positive Willkommenskultur gehe, böten Sportvereine dafür ein optimales Umfeld.



FOTO: MARTIN KRAFT / CC BY-SA 3.0

# REFORM DER HESSISCHEN VERFASSUNG

Einen neuen Anlauf zur Reform der Hessischen Landesverfassung unternimmt der Landtag und hat dazu mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen und FDP eine Enquetekommission eingesetzt. Dieser besondere Parlamentsausschuss soll unter breiter Bürgerbeteiligung Vorschläge zur Verfassungsreform erarbeiten.

Die hessische Verfassung ist bereits 1946 und damit einige Jahre vor dem Grundgesetz entstanden, so dass einige Vorschriften mit diesem nicht vereinbar sind, so zum Beispiel die Todesstrafe, die jetzt endlich aus dem Verfassungstext getilgt werden soll.

Die Modernisierung der besonders stark freiheitlich und sozialen hessischen Verfassung müsse auch das Thema Integration und kostenfreie Bildung berücksichtigen, forderte SPD-Fraktionschef Thorsten Schäfer-Gümbel. Er unterstrich: „Verfassungsänderungen sollten in größtmöglicher Einigkeit erfolgen. In diesem Sinne begrüßen wir das vereinbarte Vorgehen.“

## INTERNATIONALE BAUAUSSTELLUNG

# RHEIN-MAIN-REGION AN DIE SPITZE FÜHREN

Eine Internationalen Bauausstellung (IBA) in der Rhein-Main-Region sieht die SPD-Fraktion als Chance, den Ballungsraum an die Spitze der Regionen in Deutschland zu führen. „Eine Internationale Bauausstellung bietet die einmalige Gelegenheit, grundsätzliche Zukunftsfragen des Zusammenlebens zu bearbeiten, zu beantworten und mit exemplarischen Projekten begreifbar zu machen“, sagte der SPD-Abgeordnete Michael Siebel.

Siebel sagte, die Rhein-Main-Region sei so attraktiv, dass sie immer mehr Menschen anziehe. „Der demographische Wandel geht weiter. Die Gentrifizierung und sozialräumliche Segregation schreiten



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

voran. Die Internationalisierung der Region beschleunigt sich. Die Verkehrsprobleme nehmen zu. Wir brauchen neue Wohnungen und neue Arbeitsplätze. All das muss zu einem großen Veränderungsprozess führen, der aktiv gestalten

wird.“ Am Beispiel Wohnen erläuterte Siebel, was eine IBA nachhaltig bewirken könne. „Baulücken, Brachflächen und leerstehende Gebäude in städtebaulichen Zusammenhängen werden konsequent durch extrem kostengünstigen und rapiden Wohnungsbau belegt.“

Die Rhein-Main-Region sei deshalb so hervorragend geeignet, weil sie ein unverwechselbares Spannungsfeld zwischen „lokal“ und „global“ darstelle. „Rhein-Main ist polyzentral und für eine IBA besonders geeignet.“

Als Leitgedanken für die IBA schlage die SPD Thema „Arbeit, Wohnen, Mobilität und die Anforderungen an die Infrastruktur der Zukunft“ vor.

## TUNNELBAU STOCKT WEITER

Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Uwe Frankenberger hat die erneute Verzögerung beim Bau des Riederwaldtunnels in Frankfurt kritisiert. Die Ankündigung des hessischen Verkehrsministers Tarek Al-Wazir, dass der Baubeginn sich weiter verzögern werde, habe insbesondere die Pendler entsetzt. „Sie müssen sich weiterhin durch Wohngebiete quälen und die Anwohner werden den Lärm noch viele Jahre ertragen müssen“, sagte Frankenberger. Wenn man die Haltung der Grünen zum Straßenbau kenne, dürfe man sich nicht wundern, dass bei vielen Betroffenen der Verdacht aufkomme, dass dafür politische Gründe im Vordergrund stünden.



## VERBAUTE BILDUNGSCHANCEN

Als dogmatisch und abgehoben wertet der SPD-Abgeordnete Turgut Yüksel, dass die schwarz-grüne Koalition den SPD-Vorschlag ablehnt, die Einrichtung eigenständiger gymnasialer Oberstufen zu ermöglichen. „Die Klagen von Schulleitungen, die vehementen Proteste von Eltern und Schülern, Stadtteilinitiativen, Unterschriftenkampagnen und Kundgebungen haben gezeigt, dass ein dringender Handlungsbedarf in Ballungsgebieten besteht, aber nicht nur dort. Dies ist eine gute Initiative zur Verwirklichung von mehr Chancengleichheit, weil sie den Zugang zu einer gymnasialen Oberstufe unabhängig vom bisherigen Bildungsweg ermöglicht.“



## GRUSSADRESSE AN WINDKRAFTGEGNER

Den FDP-Gesetzentwurf für deutlich höhere Abstände von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung sieht die SPD-Fraktion als „reine Grußadresse an Windkraftgegner und schädlich für die Energiewende“. Der SPD-Abgeordnete Timon Gremmels sagte: „Der Hessische Energiegipfel hat beschlossen, mit Windkraft auf zwei Prozent der Landesfläche 28 Terrawatt Strom erzeugen zu können. Mit dem von der FDP vorgeschlagenen 10-fachen Abstand zur Anlagenhöhe würden der notwendige Zubau verhindert und die Zielvereinbarung des Energiegipfels deutlich verfehlt.“



Einen schwarz-grünen Jubelantrag zum Thema Hochschulbau hat Gernot Grumbach, ganz weihnachtlich gestimmt mit einem Gedicht beantwortet:



## WEIHRAUCHSCHWADEN IM LANDTAG

„DIE KOALITION, SIE HAT VOR STUNDEN  
 ,NEN KLUMPEN WEIHRAUCH  
 NOCH GEFUNDEN.  
 DA HAT SIE DANN NICHT LANG GEWACKELT  
 UND JEDEN KLUMPEN ABGEFACKELT.  
 JEDWEDER SCHROTT SCHEINT  
 WOHL GERATEN,  
 BESIEHT MAN IHN DURCH  
 WEIHRAUCHSCHWADEN.  
 DER HOCHSCHULBAU,  
 MAN GLAUBT ES NICHT,  
 ERSCHEINT AUCH KÜR,  
 UND IST DOCH PFLICHT.  
 WEIL ES DER GUTEN LEHRE SPOTTET,  
 WIE MANCH GEBÄUDE IST VERROTTET.  
 UND HILFT HEUREKA NOCH SO SEHR,  
 EIN JEDER WEISS, DIE BRAUCHEN MEHR.  
 SOLL BILDUNG SICH FÜR JEDEN LOHNEN,  
 BRAUCHEN WIR MEHR INVESTITIONEN.  
 STATT IN EIGENLOB NUR ABZUGLEITEN,  
 LASST GEMEINSAM UNS FÜR  
 MITTEL STREITEN.  
 AUF ANTWORT WÄR ICH SEHR GESPANNT,  
 NUR WEIHRAUCH IST NICHT INTERESSANT.“

Impressum  
 SPD-Fraktion im Hessischen  
 Landtag  
 Schlossplatz 1-3  
 65183 Wiesbaden  
 Redaktion:  
 Gert-Uwe Mende  
 (verantwortlich)  
 Katja Apelt  
 Gerfried Zluga  
 Martina Häusel-David  
 Luca Schobes

## SCHWARZ-GRÜN GEGEN MEHR BÜRGERBETEILIGUNG

Die mit schwarz-grüner Mehrheit beschlossene Änderung der Hessischen Gemeindeordnung wird den Ansprüchen an eine moderne Kommunalverfassung und der Forderung nach echter Bürgerbeteiligung nicht gerecht. „Die Vorschläge der SPD gingen viel weiter, wurden aber von der Koalition abgebugelt“, kritisierte Günter Rudolph in der 2. Lesung. So habe die SPD beantragt, die Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern, Jugendlichen und von älteren Menschen zu verbessern, das Wahlalter auf 16 Jahren bei Kommunalwahlen abzusenken, die Rechte der Ausländerbeiräte zu stärken und schließlich Hürden für Bürgerbegehren und –entscheide zu senken.“ All diese Vorschläge zielten auf mehr Teilhabe an kommunalpolitische Entscheidungen, seien aber von der Koalition ver-



FOTO: COLOURES-PIC - FOTOLIA

hindert worden. Auf klare Ablehnung der SPD stoße die Regelung, in Städten und Gemeinden bis 5000 Einwohner ehrenamtlich tätige Bürgermeister zu ermöglichen. „Auch Bürgermeister in kleineren Kommunen haben eine Vielzahl von Aufgaben zu erledigen. Wir lehnen eine Entprofessionalisierung ab und fordern die bisherige Beibehaltung der Grenze von 1500 Einwohnern für ehrenamtliche Bürgermeister“, sagte Rudolph.

## KEIN AUFBRUCH BEI FRAUENPOLITIK

Das neue, schwarz-grüne Gleichberechtigungsgesetz hat die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Lisa Gnadsch scharf kritisiert. „Die SPD setzt sich seit Jahren für eine echte Novellierung und substantielle Verbesserungen ein. Ein ambitionierter Aufbruch zur wirklichen Gleichstellung von Frauen und Männern im Öffentlichen Dienst wird aber von Schwarz-Grün nicht gewollt. Echte Gleichberechtigungspolitik ist weder mit der CDU noch mit den Grünen zu erreichen.“ Erst habe die schwarz-



grüne Landtagsmehrheit den in Sachen Gleichberechtigung wesentlich ambitionierteren Entwurf der SPD abgelehnt, dann habe sie die während der Landtagsanhörung geäußerte Kritik der geladenen Expertinnen und Experten ignoriert und schließlich auch gegen die Änderungsanträge im zuständigen Landtagsausschuss gestimmt, mit denen die SPD versucht habe, die schlimmsten Mängel des Entwurfs von CDU und Grünen zu beseitigen. „Sie haben sich koalitionsintern auf einen schlechten Millimeter weiter bringen wird“, sagte Gnadsch.